



ZUKUNFT FÜR SPRINGE
Wählergemeinschaft

Fraktion der Wählergemeinschaft im Stadtrat von Springe

Springe, den 15.02.2022

Pressemitteilung an die Redaktion der NDZ

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei eine kurze Mitteilung zum derzeitigen Thema nachfolgend:

Der Versuch der Fraktionen der Grünen und der SPD im Ortsrat von Springe die Innenstadt mit „temporären Einschränkungen“ des Verkehrsaufkommens zeitweise mit der Sperrung von Fahrzeugen zu versehen und dieses nur als kurzfristige „Diskussionsgrundlage“ in die Budgetmittelbereitstellung von 1.000 € zum kommenden Haushalt einzustellen, ist zwar zulässig, entspricht aber nicht den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger.

Denn diese erwarten transparente Diskussionen und bürgerfreundliche Entscheidungen. Mit dem beauftragten und derzeit in der Umsetzung befindlichen ISEK soll das erreicht werden. Auch die ansässigen Gewerbetreibenden haben hierzu die Gelegenheit auf Defizite hinzuweisen, um die Rahmenbedingungen notwendigerweise zu verändern.

Zentrales Element eines jeden ISEKs ist die Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner und der lokalen Akteure. Als Expertinnen und Experten des Ortes können sie die Stärken und Schwächen besonders gut benennen. Das ISEK bietet die Gelegenheit, selbst an der zukünftigen Ausrichtung des eigenen Heimatortes mitzuwirken. Aufgrund der Wichtigkeit der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger ist dies als Bestandteil des ISEKs verpflichtend vorgeschrieben.

Daraus ergeben sich folgende Konsequenzen:

1. Von Beginn an **Beteiligung aller** relevanten gesellschaftlichen Gruppen (Bürger, Vereine, Organisationen, Politik, Verwaltung, Handel, Gewerbe etc.).
2. Die Beteiligung ist **auf allen möglichen Ebenen** vorzunehmen: z.B. örtl. Presse, Internet, Post, sonst. Medien, Befragungen etc.
3. Für die **relevanten Themengebiete** sind Arbeitsgruppen einzurichten.
4. Es muss auf eine **breite Teilnahme** Wert gelegt werden. Niemand darf ausgeschlossen werden.
5. Es dürfen **keine Vorab-Festlegungen** getroffen werden.
6. Der Prozess ist **transparent und offen** zu gestalten.
7. Politik und Verwaltung sind nur Teil des Prozesses.
8. **Alles muss erlaubt sein.**

Das Ansinnen, die Verkehrsverhältnisse in den Bereichen zu verändern, um die Lebensqualität der betroffenen Anlieger zu verbessern ist immer begründet, kann aber mit anderen Mitteln umgesetzt werden. Beispielsweise sind „uneinsichtige Verkehrsteilnehmer“, die nicht den Verkehrsregeln dieser vorhandenen „verkehrsberuhigten Zonen“ folgen wollen, darauf hinzuweisen. Auch hier gibt es intelligente Hilfsmittel zur Straßenverkehrslenkung. Dabei wird nicht die Erreichbarkeit der anliegenden Gewerbetreibenden eingeschränkt, sondern nur „wie sicher und bürger- anlieger- freundlich etc.“ können die Gewerbetreibenden und Dienstleister etc. erreicht werden! Das fördert die Lebens – und Aufenthaltsqualität und schlägt sich auch im Klimaschutz nieder.

Die immer wieder vorgebrachten Argumente, das klappt doch in xxxxxx -Stadt der Region Hannover etc., sind zumeist nicht als Vergleich angebracht. Denn dort konnten in der Vergangenheit vollumfängliche „Fußgängerzonen“ vorgesehen werden, da die innerörtlichen Verhältnisse es ermöglicht haben, Zuwegungen in der 2. Reihe (rückwärtig) mit ausreichenden Parkplätzen vorhalten zu können. Das ist leider in Springe nicht immer möglich gewesen.

Darum zuerst ISEK abwarten: Meinungen der Betroffenen einholen, Fachleute und Wirtschaftsförderer befragen und Konzepte mit Entwicklungsmöglichkeiten erstellen, um Verbesserungen herbeiführen zu können

..unter dem Motto: Miteinander Stadt entwickeln!

Mit freundlichen Grüßen von

Jürgen Kohlenberg, ZfS